



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Stefan Schuster, Horst Arnold, Florian Ritter, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

**zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Manfred Ländner u. a. CSU zur Änderung der Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Bezirksordnung und weiterer Gesetze zur Bewältigung der Corona-Pandemie;
hier: keine Ferienausschüsse für Verwaltungsgemeinschaften und Zweckverbände
(Drs. 18/13024)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 4 (Änderung des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit) wird wie folgt geändert:

1. Nr. 6 wird aufgehoben.
2. Die bisherige Nr. 7 wird Nr. 6 und in Buchst. b werden die Wörter „und Art. 34a treten“ durch das Wort „tritt“ ersetzt.

Begründung:

Der vorgeschlagene Art. 34a KommZG ist überflüssig. Weder bei Zweckverbänden noch bei Verwaltungsgemeinschaften ist die Einrichtung von Ferienausschüssen notwendig. Aufgrund der Größe der Versammlungen und der Anzahl der Sitzungen besteht hierfür schlicht kein Bedarf.